Männerfreundschaft

Karamel-Koch und Kanzler

Es begann ganz harmlos in einem klapprigen Bus, der sie vom Jerusalemer Herzl-Berg zum Flughafen Ben Gurion schaukelte. Doch die Folgen sind schon zu spüren: Seit sie sich am vorigen Montag nach der Trauerfeier für den ermordeten Jizchak Rabin ihre gemeinsame Liebe zum Karamelpudding gestanden, gehen Helmut Kohl und Joseph („Joschka") Fischer anders miteinander um.

Fast zärtlich nennt Fischer seinen Kanzler jetzt „drei Zentner fleischgewordene Vergangenheit". Und wenn der Bundeskanzler damit kokettiert, er habe „mit der Mäßigung" beim Essen und Trinken „gewisse Probleme", vergißt er nicht darauf hinzuweisen, daß er „diese mit dem Vorsitzenden der Grünen-Fraktion" teile. „Kohl vergleicht sich mit Fischer", staunt die nichtsahnende *Welt*. Selbst CDU-Minister hätten auf „so etwas jahrelang vergebens" gewartet.

Kohl duzt Fischer sogar, wenn auch nach Gutsherrenart: „Fraktionsvorsitzender, sag doch mal." Das gilt bei Hofe als Beweis großer Wertschätzung. Fischer nennt den Regierungschef neuerdings „Eminenz" oder „Seine Erhabenheit, der Bundeskanzler". Das findet Kohl angemessen. Für den Kanzler ist der Ober-Grüne schon lange ein ernst zu nehmender Gegner. Seit dem denkwürdigen Pudding-Gespräch im israelischen Bus aber steht die Beziehungskiste auf einem neuen Fundament.

Dort ging es nämlich nicht um Krieg und Frieden, sondern – wie im richtigen Leben – ums Essen und ums Trinken. Weil der Kanzler sich auch auf diesem Felde für unschlagbar und allein zuständig hält, reizte es ihn, den Hobbykoch und Feinschmecker Fischer zu testen.

Bei der Wein-Prüfung paßte Fischer gleich: Er sei Experte für die französischen Roten und überlasse dem Pfälzer Kohl gern das deutsche Feld.

Als Kohl dann aber die Rede auf Karamelpudding brachte – neben Bratkartoffeln das einzige Gericht, das der Kanzler selbst zubereiten kann –, wurde er von Hobbykoch Fischer ausgepunktet. Natürlich wisse er, wie das geht: nur mit drei Töpfen, nicht mit zwei, wie Kohl behaupte. Schließlich sei seine „crème caramele" selbst unter Profis berühmt.

Das ist die reine Wahrheit: Klaus Trebes etwa, Maître des Frankfurter Gourmet-Restaurants „Gargantua", attestiert seinem Stammgast Fischer (mit dem er früher Häuser besetzte) einzigartige Karamel-Künste.

F. DARCHINGER

Kohl, Fischer

Verkehrswege

Wissmanns Krücke

Öffentlich preist Bundesverkehrsminister Matthias Wissmann die private Finanzierung von Autobahnen und Gleisstrecken als Ausweg aus den akuten Geldnöten des Staates. Intern aber gibt der Christdemokrat Kritikern recht, die in dieser Methode einen Verstoß gegen den Grundsatz der Haushaltsklarheit sehen.

Bei dem Privatmodell strecken Banken und Baufirmen das Geld bis zur Fertigstellung vor. Der Bund zahlt jährliche Leasingraten, bis er – nach 15 bis 25 Jahren – die Straßen und Schienen zum Restwert erwerben kann. Der Minister ließ sich auch vom Bundesrechnungshof nicht beeindrucken, der diese Form der Privatisierung als eine verdeckte und zu teure Schuldenaufnahme kritisierte.

Erst bei den Etatberatungen des Kabinetts näherte sich Wissmann der Wahrheit. In der Sitzung am 5. Juli erklärte Finanzminister Theo Waigel (CSU), mit den zwölf beschlossenen Leasingvorhaben müsse es sein Bewenden haben. Weiter heißt es im Kabinettsprotokoll: „Bundesminister Wissmann bestätigt, daß Privatfinanzierung nur als Krücke anzusehen ist."

J. H. DARCHINGER

Autobahnbau (in Rheinland-Pfalz)

Kommunen

Gemeinsam gegen Bonn

Mit Verfassungsbeschwerden wollen sich deutsche Städte dagegen wehren, daß die Bundesregierung immer mehr finanzielle Lasten auf sie abwälzt. Vor allem die steigenden Sozialkosten bringen die Kommunen in größte Not. „Der Bund überträgt, etwa beim Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz, ständig neue Aufgaben an die Gemeinden", argumentiert der Geschäftsführer des Städtetages in Kiel, Karl-Ludwig Schmiing, „doch mit den Kosten läßt er uns allein." Dadurch werde die grundgesetzlich garantierte Selbstverwaltung der Gemeinden gefährdet. Die Stadt Frankfurt will nun Verfassungsbeschwerde gegen die geplante Kürzung der Arbeitslosenhilfe einlegen, wenn der Bundestag das entsprechende Gesetz verabschiedet. Durch die Kürzung würden mehr Menschen in die Sozialhilfe abrutschen, für die vor allem die Gemeinde zuständig ist. Stellvertretend für alle Städte soll zudem eine schleswig-holsteinische Kommune eine vom Städtetag getragene Klage erheben – im Gespräch sind Neumünster, Flensburg, Lübeck oder Kiel.